

Gelebte Solidarität war und bleibt der Kraftquell unserer Initiativgemeinschaft

Horst Parton

Das Jahr 2017 war für ISOR kein gutes Jahr. Nachdem sich die Hoffnungen auf eine positive Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zerschlagen hatten, signalisierte auch der Europäische Gerichtshof sein Desinteresse an einer rechtsstaatlichen Lösung des Strafrentenproblems.

Viele Mitglieder haben daraufhin resigniert und enttäuscht unseren Verein verlassen. Eine deutliche Mehrheit der Mitgliedschaft hat sich jedoch dafür entschieden, unseren Kampf nicht aufzugeben und solidarisch weiter zusammenzuhalten.

Sie alle beherzigen eine Lehre von Friedrich Engels: „Über geschichtliche Ereignisse beklagt man sich nicht, man bemüht sich im Gegenteil, ihre Ursachen zu verstehen und damit auch ihre Folgen, die noch lange nicht erschöpft sind.“ (Friedrich Engels: MEW Band 21, Seite 201)

Unrecht bleibt Unrecht! Und es wird für alle Ewigkeit Unrecht bleiben, wenn wir uns nicht wehren, vor allem wenn wir dabei auf die Kraft unserer in Jahrzehnten gewachsenen solidarischen Gemeinschaft verzichten.

Wir danken allen Freunden, die im jahrelangen Kampf um unsere sozialen Rechte alt, müde und krank geworden sind und deshalb ihre Aktivitäten beenden. In ihrem Sinne werden wir den politischen Kampf fortsetzen und das mit gesundem Optimismus und immer der Wahrheit ins Auge blickend.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich mit einer ungewöhnlich ausführlichen Erklärung aus seiner Verantwortung verabschiedet, aber klar und unmissverständlich festgestellt, dass es alleinige Aufgabe der Politiker ist, einen von ihnen vor mehr als 25 Jahren beschlossenen willkürlichen Eingriff in das Rentenrecht zu korrigieren.

Wenn Deutschland wieder über eine arbeitsfähige Regierung und einen nicht mehr durch mögliche Neuwahlen bedrohten Bundestag verfügt, werden wir deshalb mit allem Nachdruck unsere Forderungen

gegenüber den politisch Verantwortlichen erheben.

Dabei verstehen wir den Kampf gegen das Strafrentenrecht als Teil des Kampfes gegen die Benachteiligung Ostdeutscher und



Foto: Wolfgang Ney

darüber hinaus auch als Teil des Kampfes um ein armutsfestes Rentensystem in Deutschland. Wir stehen also nicht allein, haben bereits jetzt Verbündete und können weitere gewinnen.

Der bei den zurückliegenden Wahlen sichtbar gewordene Zulauf für Rechtspopulisten hat die Politiker aller etablierten Parteien aufgeschreckt und kann nur mit einer deutlich zunehmenden Unzufriedenheit eines wachsenden Teils der Bundesbürger und hierbei wieder besonders der Ostdeutschen erklärt werden. Es ist kein Ruhmesblatt für die deutsche Politik, wenn sich ein autoritärer Herrscher, wie der türkische Präsident Erdogan oder der polnische Justizminister bei ihren „Säuberungen“ in Staatsorganen und der Justiz auf das Vorbild Deutschland berufen und dabei die Nachwendezeit im Auge haben. Nach fast 30 Jahren ist die Zeit reif, von Hass und Rachsucht geprägte Entscheidungen der damaligen Zeit wenigstens kritisch zu hinterfragen.

Fundamentale rechtsstaatliche Prinzipien sind weiter verletzt. Gleichheitsgebot, Vertrauensschutz, Verhältnismäßigkeit – um nur einige zu nennen – wurden für ehemalige Angehörige des MfS aufgehoben. Eine sachliche Geschichtsbetrachtung ist bis heute noch nicht möglich.

Auch 2018 gilt

Seien wir Optimisten.
Versuchen wir
das Unmögliche.

(Che Guevara)

Viel wäre schon gewonnen, wenn die SPD wieder zu ihren Positionen aus dem Jahre 1995 zurückfinden könnte, als sie den Missbrauch des Sozialrechtes als Strafrecht im Bundestag angeprangert hatte.

Immerhin wurde der heute oft monierte, aber zutreffende Begriff „Rentenstrafrecht“ vom damaligen SPD-Sozialrechtsexperten Rudolf Dreßler geprägt, wie jeder in dessen eindrucksvollen Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28.1.1995 noch heute nachlesen kann. Auch scheint die kritische Bemerkung von Manfred Stolpe in Vergessenheit geraten zu sein, als er erklärte: „... dass es keinen Rachefeldzug geben durfte, ist vor allem ein Gebot des Rechtsstaates, den wir aufbauen mussten... Vergessen wir nicht die Menschen, die 1989 in staatlichen Funktionen waren, Polizisten, Soldaten, Grenzbeamte, Parteisekretäre, von denen viele Anteil daran hatten, dass nicht geschossen wurde. Auch sie gehören zur Geschichte der friedlichen Revolution. Menschen, die ihre Macht aufgaben, auf die mögliche Gewaltanwendung verzichteten.“ (Manfred Stolpe: Rede auf dem SPD-Landesparteitag in Velten, MAZ vom 24. Juni 2010)

ISOR ist seiner Satzung nach ein Sozialverein, deshalb aber nicht unpolitisch, zumal soziale Fragen eng mit politischen verknüpft sind.

Seit dem Ende des Kalten Krieges war der Weltfrieden noch nie so akut gefährdet wie jetzt und selbst der Einsatz von Atomwaffen erscheint nicht mehr unrealistisch. Wenn ein Irrer im Weißen Haus einen Atomkrieg auslöst, haben sich alle Rentenprobleme erledigt.

Der Drang zur ständigen Erhöhung der Rüstungsausgaben bedingt eine ständige Eskalation der Kriegshysterie und behindert zugleich die Lösung sozialer Fragen. Deshalb unterstützen wir vorbehaltlos alle Initiativen für Frieden und Abrüstung und werden die Zusammenarbeit mit deren Akteuren weiter ausbauen. Wie unser Aufruf „Soldaten für den Frieden“ belegt, sind wir alle, schon von unserer Biografie her, geprägt durch unseren Dienst für den Friedensstaat DDR, die natürlichen Verbündeten der Friedensbewegung.

In ganz Europa sind nationalistische und faschistoide Parteien und Kräfte im Vormarsch. Die weitere politische Entwicklung wird damit unberechenbarer und kann – wie das Beispiel Polen zeigt – zu reaktionärsten, antikommunistisch motivierten Eingriffen in

soziale Standards führen (Siehe Aberkennung der Rentenansprüche für ehemalige Angehörige der Sicherheitsorgane). Auch in Deutschland wird im Zusammenhang mit dem Vormarsch der AfD mitunter schon von einer Situation wie im Jahre 1932 gesprochen. Unsere politischen Erfahrungen sind gefragt, wenn es gilt, soziale Demagogie zu entlarven und solchen gefährlichen Entwicklungen zu begegnen.

Schließlich ist nicht zu übersehen, dass die permanente Verteufelung der DDR den propagandistischen Hintergrund für die Rechtfertigung der Ausgrenzung und Diskriminierung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR liefert. Der hinlänglich bekannte Dr. Hubertus Knabe hat z.B. ein Buch angekündigt, in dem er nachweisen möchte, dass die DDR kein antifaschistischer Staat gewesen sei. Wer, wenn nicht wir, weiß, was die DDR wirklich war. Wir sind als kompetente Zeitzeugen geradezu verpflichtet, dieser Hetze mit unwiderlegbaren Fakten entgegenzutreten.

Die in der Entschließung unserer Vertreterversammlung geforderte und in der Führungskonzeption des Vorstandes weiter präziserte politische Ausrichtung der Arbeit unseres Vereins, die über Rentenfragen hinausgehenden Aufgaben, werden uns immer wieder vor neue Herausforderungen stellen. Bei realistischer Betrachtung unserer durch Altersstruktur und Gesundheitszustand der

Mitglieder beschränkten Möglichkeiten werden wir uns bemühen, unserer Verantwortung gerecht zu werden. Dabei vergessen wir nicht, dass wir ohne den Erhalt der Verbindungen untereinander, ohne die gegenseitige Hilfe, ohne die freimütige Diskussion in unseren Gruppen und ohne die konkreten Initiativen an unserer Basis nichts erreichen können.

Im Namen des Vorstandes danke ich allen, die durch ihren selbstlosen Einsatz in den unterschiedlichsten Funktionen gewährleisten, dass ISOR als Organisation weiterbesteht und wirksam werden kann. Dank gebührt auch der wachsenden Zahl von Einzelmitgliedern, die durch ihre Beiträge und Spenden dazu beitragen, die finanziellen Möglichkeiten unseres Vereins zu sichern.

Unser Kampf ist kompliziert und langwierig. Aber auch aktuell zeichnen sich Erfolge ab. So ist bei der Anerkennung der Zulagen und Zuschläge für die Rentenberechnung der Angehörigen der Volkspolizei und der Zollverwaltung der DDR mit den neuen Regelungen in Sachsen-Anhalt nach Brandenburg ein weiteres Bundesland bereit, den Vorgaben des Bundessozialgerichtes zu folgen. Dadurch werden sich die Renten vor allem für unsere Dienstgradgruppen deutlich erhöhen. Der Druck auf die restlichen der neuen Bundesländer hat sich weiter erhöht.

In der ersten Hälfte des Jahres 2018 erwarten wir eine Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten

Nationen zum Staatenbericht Deutschlands mit möglicherweise erneuter Kritik an der Diskriminierung Ostdeutscher. Der Kampf um die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum Wirtschafts- und Sozialpakt der UN geht weiter und damit auch der Kampf um die Gestattung individueller, direkter Beschwerden bei der UN im Zusammenhang mit der Verletzung sozialer Rechte.

Der Bundestag muss sich jetzt erneut mit der rentenrechtlichen Benachteiligung geschiedener ostdeutscher Frauen beschäftigen. Eine Verhandlung des Bundesverfassungsgerichtes im Zusammenhang mit der Anwendung des Fremdrengengesetzes für übergesiedelte DDR-Bürger steht noch aus. Möglicherweise ergeben sich hieraus neue juristische Argumente. So billigt z.B. das Fremdrengengesetz zugewanderten Hochschulabsolventen, die keinerlei Beiträge in die deutsche Rentenversicherung gezahlt haben, einen deutlich über dem Durchschnitt liegenden Rentenanspruch zu.

Auch wenn wir über keine Zauberformel verfügen. Solange wir uns nicht selbst aufgeben, können und müssen wir uns weiter wehren.

Ganz in diesem Sinne wünsche ich allen Mitgliedern der ISOR ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2018.

Druck machen

Hans-Joachim Friedrich

Unter diesem Titel berichtete Franziska Lindner am 5.12.2017 in der „jungen Welt“ über die Beratungen des 24. Kasseler Friedensratschlags 2./3. Dezember. Erstmals war unser Verein bei dieser Zusammenkunft von über 300 Teilnehmern in der Universität Kassel vertreten. Seit vielen Jahren ist sie Ort der Beratung und des Erfahrungsaustauschs der Friedensbewegung. Wie sehr dieses Treffen gefürchtet wird, zeigt sich an den Versuchen, es zu verhindern. Nur der Konsequenz des Präsidenten der Universität, der das Universitätsgelände als autonomes Gebiet definierte, in dem keine staatliche Institution Entscheidungsbefugnis hat, ist es zu verdanken, dass auch in diesem Jahr die Beratung durchgeführt werden konnte.

Durch Anne Riegen, eine Ko-Sprecherin des Ratschlags, wurde bereits zu Beginn auf die gefährliche Zuspitzung der internationalen Lage und die Notwendigkeit einer breiten Gegenreaktion hingewiesen. Dabei standen die Unterschriftensammlung zum Appell Abrüsten statt aufrüsten (siehe **ISOR aktuell** 12/2017) und die Zusammenhänge

zwischen den Rüstungskosten und den immer schlechter werdenden Sozialleistungen im Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Während Inga Solty von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in seinem Vortrag Tendenzen der Multipolarisierung der bestehenden Weltordnung nachwies, konzentrierte sich Wolfgang Lemb, IG-Metall-Vorstandsmitglied, auf die Rolle der BRD als drittgrößten Waffenexporteur der Welt. Dabei stellte er die Aufgabe der Gewerkschaft bei der erforderlichen Rüstungskonversation und die daraus resultierende notwendige internationale gewerkschaftliche Verflechtung heraus.

Eine Vielzahl von Kurzvorträgen und Diskussionsrunden beschäftigten sich mit Problemen der internationalen Entwicklung, so im Jemen, in Venezuela, die Lage auf der koreanischen Halbinsel und anderes, worauf hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann. In einem äußerst fundierten Vortrag von Prof. Dr. Werner Ruf über die neue Aufrüstungswelle (die geforderten 2%) und unser Widerstand, kam der Redner zu dem

Schluss, dass die BRD als stärkste europäische Wirtschaftsmacht im militärischen Bereich eine wichtige Rolle spielen kann. Deshalb müsse die BRD aus der NATO austreten. „Wir müssen gewaltigen Druck machen, wir sind zu reaktiv“, war seine Schlussfolgerung. Das trifft auch für uns zu. Auch wenn wir auf der Veranstaltung 250 Exemplare unserer Dokumentation „Soldaten für den Frieden“ verteilt haben, die von fast allen Teilnehmern entgegengenommen wurde, müssen wir uns in Gesprächen, bei der Unterschriftensammlung und allen Gelegenheiten als diejenigen darstellen, die wissen was Krieg ist, ihr ganzes aktives Leben gegen ihn gekämpft haben und mit jedem zusammengehen, der ehrlich gegen Hochrüstung, Konfrontation und Krieg, für soziale Sicherheit und Frieden eintritt.

Auf der abschließenden Podiumsdiskussion unter Moderation von Willi van Ooyen, Sprecher des Bundesausschusses, berichteten Vertreter aus der belgischen, französischen, amerikanischen und türkischen Friedensbewegung über

ihre Erfahrungen und Möglichkeiten der internationalen Vernetzung der Aktivitäten. Dieser Austausch stellte den Auftakt für zukünftige Diskussionen und Zusammenarbeit dar. Bereits Mitte Februar

2018 stehen mit den Protesten gegen die 54. „Münchener Sicherheitskonferenz“ neben der Unterschriftensammlung die nächsten Aufgaben der Friedensbewegung an. Bereits jetzt laufen in den Gruppen die

Vorbereitungen auf die Ostermärsche vom 30.3. bis 2.4.2018. Wir haben keine Zeit, uns zur Ruhe zu setzen, wenn wir unserer Hymne gerecht werden wollen „Lass uns Dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland.“

Die Vorsitzenden der ISOR, der GRH und des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR haben dem Vorstand des deutschen Zweiges der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons – ICAN – zur Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis gratuliert.

In diesem Schreiben heißt es:

Mit großer Freude und Genugtuung haben wir zur Kenntnis genommen, dass die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN den diesjährigen Friedensnobelpreis erhalten hat. Wir möchten Ihnen von ganzem Herzen zu dieser wohl höchsten Friedensauszeichnung auf unserem Erdball gratulieren und unsere Solidarität und Verbundenheit mit Ihren Aktivitäten unterstreichen. Wir, das sind die Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Kräfte und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR), der Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und Grenztruppen der DDR (Verband NVA/GT) und die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH).

Unsere Mitglieder haben sich aktiv am Aufbau und dem Schutz der Deutschen Demokratischen Republik beteiligt und damit einem Staat gedient, der für Frieden und Völkerverständigung einstand, keinen Krieg geführt hat und ein natürlicher Verbündeter der internationalen Friedensbewegung war.

Aus tiefster Überzeugung schließen wir uns Ihrer Forderung an:

Die BRD muss schnellstens den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen unterzeichnen.

Im Interesse der Verstärkung der Zusammenarbeit aller Antikriegskräfte sind wir an weiterführenden Gesprächen mit Ihnen interessiert. Wir erlauben uns Ihnen die Friedenspublikation „Soldaten für den Frieden“ zu übergeben, in der führende Militärs der DDR ihre Motive und ihre friedenspolitische Maxime darlegen und begründen.

Anmerkung zur Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN:

Wie „Zeit – Fragen“ aus Zürich, Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung am 5. Dezember 2017 meldete, haben die diplomatischen Vertretungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs – entgegen der Tradition – ihr Nichterscheinen anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises 2017 bekanntgegeben. Inzwischen haben 122 Staaten bisher den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen unterzeichnet. Die fünf Vetomächte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die Bundesrepublik Deutschland sind noch nicht dabei.

Position des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR e.V.

zum Entwurf „Die Traditionen der Bundeswehr - Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege“

Die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen legte der Öffentlichkeit den Entwurf eines Dokumentes „Die Traditionen der Bundeswehr“ vor. Ein neuer Traditionserlass wurde nach einer Reihe rechtsextremistischer Umtriebe, die dem Ansehen der Bundeswehr schaden, notwendig. Die Bundesbürger können nun zu diesem Dokument Position beziehen.

Es ist nicht Aufgabe des „Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR“, sich mit den Traditionen der Bundeswehr auseinander zu setzen. Wir sind der Pflege unserer Traditionen verpflichtet. Grundlage dafür bietet unsere Satzung.

Auch wenn wir es begrüßen, dass sich die Bundeswehr mit dem neuen Erlass von einigen fragwürdigen Traditionen verabschieden will, halten wir es für dringend notwendig, einige der im Entwurf der Richtlinie gegen die NVA verwendeten Argumente entschieden zurückzuweisen, setzen sie doch die seit 1990 auf allen politischen Ebenen betriebene Delegitimierung der DDR und damit auch der NVA fort.

Die unter Punkt 2.3 aufgeführte Behauptung: „Traditionsverständnis und Fahneid der NVA leiteten sich aus ihrem Selbstverständnis als ... Parteiarmee ab ...“ ist grundfalsch und dient der Diskreditierung der Armee als

Ganzes und ihres Führungspersonals. Die in der Verfassung der DDR festgeschriebene führende Rolle der Partei, die für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der DDR galt, wird für eine solche Behauptung unzulässig strapaziert.

Die NVA der DDR war eine echte Volksarmee, die sich dem Volke der Deutschen Demokratischen Republik verbunden fühlte und deren Führungspersonal aus dem Volke stammte. Diese Verbundenheit mit dem Volke haben Führung und Truppe der NVA auch während der politischen Ereignisse in den Jahren 1989/90 bewiesen. Aufgabe der Nationalen Volksarmee war es, gemeinsam

mit den anderen Armeen der Staaten des Warschauer Vertrages den Schutz der Grenzen dieser Staaten und des Friedens zu gewährleisten, nicht aber für die Stabilität im Innern der DDR Sorge zu tragen.

Auch der Punkt 3.4 kann nicht unwidersprochen bleiben.

Unser Verband verwehrt sich ganz entschieden dagegen, in einem Atemzug mit dem NS-Regime und der faschistischen Wehrmacht genannt zu werden.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass NVA und Wehrmacht gleichgestellt werden sollen. Damit werden

Verbrechen der Wehrmacht verharmlost und die Lebensleistungen der Soldaten der DDR, deren höchste Motivation die Erhaltung des Friedens war, herabgewürdigt.

Während ihrer Existenz hat die NVA weder Kriegsverbrechen begangen noch völkerrechtswidrige Kriege geführt! Im Gegenteil, durch ihr Wirken im Verbund des Warschauer Vertrages hat sie zur längsten Friedensperiode in der europäischen Geschichte beigetragen. Eine Zeit, die seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien, auch unter Mitwirkung der Bundeswehr, zu Grabe getragen wurde.

Insofern ist es verständlich, dass die NVA laut Richtlinie nicht traditionsstiftend für die Bundeswehr sein kann. Darauf können wir stolz sein. Aber wir verwahren uns nochmals nachdrücklich, mit der braunen Vergangenheit Deutschlands auch nur ansatzweise in Verbindung gebracht zu werden.

Kleiner, aber durchaus bemerkenswerter Nebeneffekt: Die Ministerin selbst führt mit diesem Erlass die Mär von der angeblichen Armee der Einheit, die es nie gegeben hat, ad absurdum!

Der Vorstand

Der Ältestenrat

»Noch nie so feindselig«

Blamage der bürgerlichen Medien:

Wie vor zehn Jahren eine wissenschaftliche Konferenz zur Hetze gegen die DDR genutzt wurde

Peter Wolter

Wenn es einen zeitgemäßen Gottseibeius, einen modernen Teufel zu erfinden gälte, bräuchte man nicht lange nach einem Modell dafür zu suchen: Das seit 27 Jahren aufgelöste »Ministerium für Staatssicherheit der DDR« (MfS) bietet auch heute noch genügend Anknüpfungspunkte für Gruselstories jeder Art: Knebelung Andersdenkender, Kindesraub, Attentate, skrupellose Spionage.

Damit sich die in der Öffentlichkeit generierte Abscheu auf hohem Niveau hält, wird unverdrossen immer wieder nachgelegt. Die vorwiegend zu diesem Zweck geschaffene »Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik« (BStU) hat noch kaum eine Gelegenheit ausgelassen, so ziemlich alles mit Dreck zu bewerfen, was mit DDR-Geheimdiensten zu tun hat. Und Medien wie *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Springer-Presse, *ARD*, *Focus* und andere nehmen derartige Anregungen dankbar auf – eigene Recherche unterbleibt in der Regel.

Einen besonderen Coup leistete sich die Behörde vor fast genau zehn Jahren, als sich das »Zentrum für die Studien des Kalten Krieges« der dänischen Universität Odense vorgenommen hatte, in einer wissenschaftlichen Tagung Erkenntnisse über die tatsächliche Rolle der DDR-Auslandsaufklärung (Hauptverwaltung A des MfS, kurz: HVA) zu gewinnen. Da hatten diese unbedarften Dänen doch tatsächlich die Stirn, in Berlin eine Tagung anzusetzen, auf der auch ehemalige HVA-Mitarbeiter als Zeitzeugen zu Wort kommen sollten. Diesen Wunsch nach wissenschaftlicher Aufklärung empfanden BStU und andere Behörden als unverföhrene

Frechheit: Die Tagungsräume wurden gekündigt, der Kongress abgesagt.

Die Dänen ließen sich nicht einschüchtern – für den 17. und 18. November 2007 wurde ein neues Treffen in den Räumen der Universität Odense angesetzt – unter Teilnahme ehemaliger DDR-Aufklärer und HVA-Offiziere. Dazu kamen 13 westliche Wissenschaftler und etliche ehemalige Angehörige britischer und US-amerikanischer Geheimdienste. Selbst ein Historiker der BStU, Helmut Müller-Enbergs, der allerdings durch Krankheit verhindert war, ließ ein Referat verlesen. Es wurden Vorträge gehalten, Diskussionspapiere ausgetauscht, man kam ins Gespräch. Die Atmosphäre war sachlich und themenbezogen – fast kollegial.

Genau das hatte die BStU verhindern wollen – eine ehrliche Berichterstattung über diese Veranstaltung hätte ihre Propagandaplanung konterkariert. Wenn schon die Tagung selbst nicht mehr torpediert werden konnte, sollte zumindest deren Resonanz in der Öffentlichkeit korrigiert werden. Ummauch die Berichterstattung im Ausland in den Griff zu bekommen, holte die Behörde die Daumenschrauben aus ihrer Trickkiste.

Teilnehmende Wissenschaftler hatten sich zunächst zufrieden über den Ablauf der Veranstaltung geäußert. Ihr Organisator, der damalige Assistenzprofessor Thomas Wegener Friis kommentierte gegenüber *jW*, die Konferenz sei »sehr vernünftig gelaufen, es war ein spannendes Experiment«. Die niederländische Historikerin Beatrice de Graaf bemerkte – ebenfalls zur *jW*: »Das war hochspannend, ich habe noch nie so viele interessante Details erfahren«. Und die US-Professorin Kristie Macrakis von der Harvard Universität sagte:

»Ich bin begeistert, es herrschte eine sehr angenehme Stimmung. Ich glaube, dass sowohl die Geheimdienstler als auch die Historiker hochzufrieden waren«.

Wenige Tage darauf war vieles anders. Die Springer-Presse beschwerte sich über den »Propagandaerfolg der MfS-Rentner«, die *FAZ* schrieb über eine »Stasi-Butterfahrt« weil einige Dutzend ehemaliger HVA-Offiziere per Bus angereist waren. Wegener Friis, der zuvor noch kritische Worte zur deutschen Berichterstattung gefunden hatte, wechselte plötzlich die Front: Offenbar auf Druck der deutschen Regierung hieß es jetzt, eigentlicher Zweck der Konferenz sei von Anfang an die Entlarvung »der geistigen Verfassung der alten Stasi-Elite« gewesen. Diese Ehemaligen seien zur »Aufarbeitung der Geschichte« weder willens noch fähig. Als *jW* versuchte, ihn mit seinen vorherigen Äußerungen zu konfrontieren, tauchte er ab und war nicht mehr zu sprechen. Und Müller-Enbergs von der BStU kassierte eine – nach einem Rechtsstreit später zurückgenommene – Abmahnung, wie die *Frankfurter Rundschau* berichtete.

Die Stockholmer Professorin Birgitta Almgren, die ebenfalls an der Konferenz teilgenommen hatte, verstand die Welt nicht mehr, nachdem sie sich einen Überblick über das Medienecho verschafft hatte. »Mit Blick auf die Verfasser frage ich mich: Waren wir auf derselben Konferenz?« Und die US-Professorin Macrakis beschwerte sich in einem Leserbrief an die *FAZ*: »Ich habe früher ähnliche Tagungen in Deutschland organisiert (...), aber die Presse berichtete nie so feindselig, wie sie es jetzt tat. Der Berichterstattung fehlten Objektivität und Angemessenheit«.

(Aus junge Welt vom 7.12.1017)

Zwischenruf

Groteske Koalition

In der Zeit des „Nationalsozialismus“ (vorsätzliche Umschreibung für den faschistischen Terror in Deutschland) bediente sich das Bezirksamt Berlin-Wilmersdorf infolge des kriegsbedingten „Fachkräftemangels“ für grobe Arbeiten auch ausländischer Zwangsarbeiter. Diese waren in der Wilhelmsaue 40 „untergebracht“.

Der Historiker Dr. Roder und die Geschichtswerkstatt Berlin machten dazu drei Dokumente ausfindig, die auch in der „Topographie des Terrors“ vorhanden sind.

Um dies nicht der Vergessenheit anheimfallen zu lassen und der „Würde der Menschen“ (ähnlich klingendes schon mal gehört?) wenigstens nachträglich gerecht zu werden, forderte die Bezirksversammlung Berlin-Wilmersdorf seit mindestens drei Jahren, zuletzt per Oktober, das Bezirksamt auf, eine Gedenktafel an diesem Haus anzubringen.

Dieses Amt übt sich allerdings über alle Zeiten hinweg im vornehmen Schweigen. Und in dieses bricht nun die Groteske Koalition von SPD und CDU und schlägt mit dem scharfen Schwert der Logik zu: Man habe, so die Genossen der vormaligen Arbeiterpartei im Verbund mit der Union Deutscher Christen, Zweifel an der Wahrhaftigkeit der Existenz des Lagers. Dieses stand nämlich in der besagten Zeit nicht im Telefonbuch.

Im Kleinen wie im Großen sind derartige Koalitionen offenbar zur Verbreitung grotesker Dummheiten unersetzbar.

w.k.(Nach einer Information des BÜSGM)

Aus der Postmappe

Gedanken zur aktuellen Situation und zur zukünftigen Arbeit nach Ablehnung der Verfassungsbeschwerde.

Schon mit der Weigerung der Entgegennahme durch das BVerfG wurde dokumentiert, dass die Justiz dieses Landes nicht bereit ist, unsere Interessen zu vertreten.

Erneut wurde bestätigt, dass die Gerichte die Interessen der herrschenden Klasse vertreten, denn diese Entscheidung entspricht der politischen Zielstellung der gegenwärtig Herrschenden in der BRD.

Diktiert vom Industrie- und Finanzkapital sowie der in ihrem Dienst agierenden Medien wird der so genannte Rechtsstaat weiter ausgehöhlt. Mit Hilfe der Medien betreibt der „Rechtsstaat“ eine beispiellose Verdummungspolitik der Masse unseres Volkes. Unsere Bevölkerung soll daran gehindert werden, Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung im imperialistischen System zu erkennen und somit vom Kampf gegen Ausbeutung und Krieg abzuhalten. (Lügen, Unwahrheiten, Verschweigen von Ursachen von Ereignissen) Der Feldzug gegen das MfS, die IM, die Lüge vom Unrechtsstaat DDR dienen dem oben genannten Ziel.

Gezielt wurde die Arbeiterklasse gespalten indem beispielweise Millionen Menschen finanzielle und materielle Zuwendungen (z.B. Harz IV) erhalten, um sie ruhig zu stellen. Das Bildungssystem der BRD ist katastrophal. Die Kinder armer Familien haben keine Chance auf höhere Bildung. Bestehende antiimperialistische Vereinigungen werden angegriffen und verteufelt.

Auch unsere Organisation soll nicht nur geschwächt sondern zerschlagen werden.

Im Gegensatz dazu wird jahrelang die Aufklärung faschistischer Verbrechen verschleppt und z. B. die NPD von Justiz als „ungefährlich“ eingestuft.

Wie mit Gegnern von Krieg und Kämpfern für soziale Sicherheit umgegangen wird, sollten wir nicht vergessen. Denken wir an den Mord unzähliger Antifaschisten und Kriegsgegner.

Auf Geheiß der Regierung der BRD sprachen Gerichte Berufsverbote aus und verboten die KPD, die sich für die Wiedervereinigung Deutschland auf demokratischen Wege einsetzte. Und diese Politik wird fortgesetzt.

Ein unser ganzes Volk bewegendes Problem ist die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Es ist festzustellen, dass die Ursachen der Kriege, die vor allem im Profitstreben des Imperialismus bestehen, nicht dargestellt werden. Auch die BRD sendet Truppen in viele Länder und erhöht die Aufrüstung.

Diese und andere Probleme veranlassen mich, mich in die (noch zu schwache) Front der Friedensbewegung einzuordnen und für soziale Sicherheit unserer Enkel und Urenkel zu kämpfen. Ich glaube, dass es Kampffelder für unsere Organisation sind. Wir sollten vor allem

- gegen die Modernisierung der Bundeswehr, gegen Aufrüstung, Waffenexport und Konfrontationspolitik gegen Russland eintreten,
- für die Ächtung der Atomwaffen kämpfen,
- gegen TTIP und CETA wirken,
- die faschistische Ideologie bekämpfen,
- für gleiche Bildungschancen eintreten,
- die tatsächlichen Ziele der NATO verbreiten,
- für Respektierung der Menschenrechte kämpfen.

Diese (sicher nicht vollständigen) Kampffelder sollten wir gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des OKV und darüber hinaus in das Zentrum unserer Arbeit stellen.

Was unser „inneres Leben“ betrifft, sollten wir die gegenseitige Hilfe noch stärker anwenden.

Klaus-Kristian Hövelberend, Bln.-Treptow

*

Liebe Redaktion, Eine Lesermeinung.

Noch bis zum Jahresende muss ich mich einfach melden zu dem anspruchsvollen Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten.“ Ich war ehemals Mitarbeiter der DDR-Zollverwaltung und bin eifriger Leser der **ISOR aktuell**.

Jedes ISOR Mitglied und jeder interessierte ISOR Leser wird und sollte diesen Aufruf mit Ja beantworten.

Es gibt gar keine andere Antwort, weil sich gerade die ISOR, in deren 25 Jahren des Bestehens ernsthaft mit diesen Problemen beschäftigt hat.

Zum Gegensatz dazu ist bei unserer alten und auch sicherlich bald neuen Regierung die Frage der Abrüstung in ihren Programmen nicht ersichtlich.

Im Gegenteil, die Rüstungsindustrie wird verstärkt und damit entschuldigt, es sei ein Beitrag zur Stärkung Europas und sichere Arbeitsplätze. Einfach unerträglich.

Deshalb unterstütze ich diesen Aufruf und freue mich über sicherlich viele Zustimmungen.

Weiter um den Kampf für Frieden und Gerechtigkeit, fürs neue Jahr viel Erfolg und allen beste Gesundheit für eine weitere anstrengende Zeit.

Siegfried Tietz, Altenberg

*

Dr. Annegret Künzel, Fraktion DIE LINKE im Bundestag, schreibt per E-Mail:

Betreff: Antrag DDR geschiedene Frauen im Bundestag

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Mitglieder der Verbände, liebe Genossinnen und Genossen,

auch nach der Wahl setzt sich DIE LINKE. im Bundestag unvermindert stark für eine Korrektur der ungerechten Überleitung von DDR-Rentenansprüchen ein. Trotz mitfühlender Worte von Politikerinnen und Politikern der bisherigen Regierungsfraktionen von CDU und SPD hat sich für Betroffenen bisher noch nichts verbessert: weder für die Braunkohle-Kumpel, noch die im DDR-Gesundheitswesen beschäftigten Frauen, die Reichsbahner oder die Ingenieurinnen und Ingenieure.

Wir wollen die derzeitige Situation der noch offenen Mehrheitsbildung im Deutschen Bundestag nutzen, um exemplarisch für eine Betroffenengruppe Gerechtigkeit zu fordern, nämlich für die in der DDR geschiedenen Frauen. Diese Frauen sind bis vor die Vereinten Nationen gezogen, um für ihr Anliegen zu werben. Jetzt steht die Bundesregierung in der Pflicht, eine Lösung herbeizuführen. DIE LINKE. hatte kurz vor der Bundestagswahl im Juni 2017 einen diesbezüglichen Antrag in den Bundestag eingebracht. Damals hatten neben uns auch Bündnis 90/Die Grünen für eine Annahme des Antrags gestimmt, die SPD hatte – angeblich nur aus „Koalitionszwang“ – dagegen gestimmt.

Heute hat sich die politische Gesamtlage geändert und die Fraktionen könnten anders abstimmen. Deswegen wird DIE LINKE. am Mittwoch, 13.12.2017, diesen Antrag vom Juni „Forderung der Vereinten Nationen zu den in der DDR geschiedenen Frauen sofort umsetzen“ fast wortgleich erneut zur Abstimmung stellen (vorläufige Version im Anhang – noch ohne Drucksachennummer).

Leider steht unserer Fraktion nur sehr wenig Zeit für eine Debatte der uns wichtigen Themen im Plenum zur Verfügung, deswegen können wir nur eine sofortige Abstimmung ohne Diskussion beantragen. Eine schnelle Abstimmung - vor der Aufnahme von Sondierungs- oder Koalitionsgesprächen ist uns wichtig. Falls eine Sofortabstimmung von der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten nicht akzeptiert wird, würde der Antrag in den Hauptausschuss überwiesen und dort diskutiert werden. Anschließend – möglicherweise noch im Januar 2018 – käme der Antrag zur abschließenden Abstimmung wieder ins Plenum des Bundestages und wird endgültig abgestimmt. Dort wird sich zeigen, welche Fraktionen sich wirklich gegen Altersarmut ostdeutscher Frauen engagieren.

Es ist uns wichtig, dass die mit der Rentenüberleitung entstandenen Probleme weiterhin wahrgenommen werden – deswegen kann ich Ihnen versichern, dass DIE LINKE. auch in der neuen Wahlperiode für Ihr Anliegen und für eine Anerkennung der ostdeutschen Lebensleistung kämpfen wird. Dafür hoffen wir weiterhin auf Ihre Unterstützung.

Aus anderen Verbänden

„Geschichte(n) bewahren: 75 Jahre Volkssolidarität“

Ein Aufruf des Präsidenten der Volkssolidarität

Liebe Mitglieder,
in unserem Verband sind vor allem ältere Menschen aktiv. Viele unserer 165.000 Mitglieder sind 75 Jahre alt und älter. Damit ist die Volkssolidarität ein wichtiger und lebendiger Teil deutscher Geschichte. Sie haben die Not der Nachkriegszeit, die Teilung Deutschlands und die Wiedervereinigung erlebt und die Erfahrung beispielloser gesellschaftlicher Veränderungen gemacht.

Zu ihrem 75jährigen Jubiläum plant die Volkssolidarität unter dem Titel „Geschichte(n) bewahren: 75 Jahre Volkssolidarität“ eine Wanderausstellung mit einem dazugehörigen Begleitbuch, das in Bild und Text die Erinnerungen unserer Mitglieder festhält. Lassen Sie uns dafür an Ihren Erinnerungen teilhaben: Schicken Sie uns Ihre Geschichten, Fotos, Dokumente oder persönlichen Erinnerungsstücke.

Der Anfang ist gemacht. Unser langjähriges Mitglied Armin Lufer hat seine Lebensgeschichte aufgeschrieben. Und im September hat Rolf Eger dem Bundesverband die von seiner verstorbenen Frau Edith und ihm erstellte 28-bändige Chronik der Ortgruppe Berlin-Johannisthal als Schenkung überreicht. Darüber hinaus gibt es bereits Arbeitsgruppen, Dokumentationen, „Erzählalons“ und unzählige Artikel, die sich mit der Geschichte der Volkssolidarität beschäftigen – nicht zu vergessen Gunnar Winklers „Geschichte der Volkssolidarität“.

Nehmen auch Sie sich die Zeit, Ihre Geschichte zu erzählen. Ich bin gespannt.

Mit solidarischen Grüßen

Dr. Wolfram Friedersdorff

*

Nachträgliche Verunglimpfung von Rosa-Luxemburg und Karl Liebknecht verhindert (Nach einer BüSGM-Erklärung):

Mit großer Empörung haben wir von dem geplanten Willkürakt des Bezirksamts Lichtenberg erfahren, die Rosa-Luxemburg-Demonstration am 14. Januar 2018 durch schikanöse Bedingungen zu behindern. Wie uns Marktstände anmeldende Vereine, die durch Getränke- und Verpflegungsausschank und mit dem Angebot von Informationen, Büchern und dem Tag angemessener Kleidung politische Diskussionen befördert haben, mitteilten, sind

ihnen für den Verpflegungsausschank und den Verkauf von Textilien und antiquarischen Büchern keine Genehmigungen erteilt worden. Diese Entscheidung des Bezirksamts Lichtenberg ist skandalös und es ist nicht ausgeschlossen, dass sich das Bezirksamt einer Entscheidung des der AfD angehörenden Stadtrats, Herrn Elischewski, unterworfen hat, der aufgrund seiner veröffentlichten Tätigkeiten ab 2004 im Bundesnachrichtendienst in München, und ab 2008 für den Bundesnachrichtendienst in Berlin seine Erfahrungen gern zur Verfügung stellte. Skandalös ist jedoch die Duldung der Knebelungsentscheidung durch den der „Linken“ angehörenden Bezirksbürgermeister Grunst.

Die Protestaktionen führten zum Umdenken des Bezirksbürgermeisters und zur Korrektur der Entscheidung. . .

Veranstaltungen

Die Vorstände der ISOR-TIG Köpenick und der Gruppe Rahnsdorf der Volkssolidarität laden Mitglieder mit Partnern beider Vereine zur gemeinsamen 3-Tagesreise vom 9. – 11. Mai 2018 unter dem Motto „Mit Bus und Schiff durch die Böhmisches und Sächsische Schweiz“

herzlich ein. Informationen über Programm, Leistungen und Reisepreis erhalten Interessenten von Reiseleiter Manfred Wild, Tel.: 030 - 648 57 52;

E-Mail: wild-ost@t-online.de.

Eine rechtsverbindliche Teilnahmeanmeldung muss bis spätestens 15.02.2018 erfolgen. In den Leistungen ist eine Gruppenreise-Rücktrittskostenversicherung enthalten.

*

Der Ernst-Busch-Chor lädt ein

„November 1918 – Brüder, nicht schießen!“ am 27. und 28.01.2018

jeweils um 15:00 Uhr im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur Friedrichstr. 176-179 in 10117 Berlin

Gast: **Aeham Ahmad** palästinensisch-syrischer Pianist und Sänger
Eintrittspreis: 12,00 €

Kartenbestellung und -verkauf:

Frau Schönborn, 030/9712317, Frau Bieß, 030/9716000 oder E-Mail ebcb@gmx.de oder mittwochs ab 22.11.2017 von 12:30-13:00 Uhr Franz-Mehringplatz 1 vor dem Münzenbergsaal.

Restkarten an der Tageskasse

Lesenswert

Daniele Ganser

Illegale Kriege

Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren
Eine Chronik von Kuba bis Syrien
(Orell Füssli Verlag Zürich 2016 - 8.Auflage
2017)
ISBN 978-3-280-05631-8

In seinem neuesten Buch bezieht sich der Schweizer Friedensforscher auf die in der Charta der Vereinten Nationen seit ihrer Gründung verankerten Grundsätze Friedenspflicht und Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen. Ausgehend davon analysiert er eine Anzahl von Kriegshandlungen und beantwortet sowohl die Frage „Wem nützt es?“ als auch die Gründe für die meist ungestraft gebliebenen Verbrechen.

Auch wenn man nicht jede Meinung des Autors vollständig teilen muss, besticht das Buch durch eine Fülle (über 600) nachprüfbarer Fakten, eine klare Sprache und die zutiefst humanistische Haltung seines Verfassers.

Reinhard Froberg

Dr. Klaus Emmerich

Staatsgrenzen im Kontext ihrer Zeit

Rechtshistorische Betrachtungen
(Verlag Books on demand)
ISBN 978-3-743-3465-2
Preis: 14,95 Euro

Die Anwendung des Begriffes „innerdeutsche Grenze“ anstelle Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten ist eine historische und zeitgenössische Lüge. Die Erklärung von Bundeskanzler Willy Brandt im Deutschen Bundestag vom 15. Februar 1973, selbst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 sowie das „Gesetz über den Abbau von Salzen im Grenzgebiet an der Werra“ vom 3. Dezember 1984, das vom Bundestag beschlossen und die Zustimmung des Bundesrates erhielt,

kennen keine „innerdeutsche Grenze“. Spätestens seit diesen Zeitpunkten gehört das „Phantom von einer innerdeutschen Grenze“, wenn die Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten gemeint ist, ins Vokabular des Kalten Krieges. Trotzdem wird im Beschluss des Stuttgarter Parteitages der CDU 2008 die „konsequente Nichtanerkennung der innerdeutschen Demarkationslinie als völkerrechtliche Grenze“ noch als von „zentraler Bedeutung“ für die CDU betrachtet.

(Aus akzente Nr. 217)

Wir trauern um

Rechtsanwalt Dr. Rainer Rothe,

der am 20.12.2017 im Alter von 77 Jahren nach langer schwerer Krankheit verstorben ist.

Rainer Rothe war langjährig Mitglied des Vorstandes der ISOR und seit 2009 Stellvertreter des Vorsitzenden. Er hat sich bei der anwaltlichen Vertretung unserer Mitglieder große Verdienste erworben.

Wir verabschieden uns von ihm in tiefer Dankbarkeit und Trauer.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren bewahren.

Die Beisetzung erfolgt am 22.1.2018 um 10.30 Uhr auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde.

Der Vorstand teilt mit:

Wegen Strukturveränderungen in der Geschäftsstelle werden Mitglieder und Funktionäre der ISOR gebeten, sich mit ihren Anliegen und Informationen direkt an den Geschäftsführer Wolfgang Schmidt, in Finanzfragen an den Schatzmeister Hans-Peter Speck, zu wenden. – Sprechzeiten: Dienstag – Donnerstag 9-15 Uhr

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.
Vorsitzender: Horst Parton
Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
Postanschrift:
ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 21.12.1017
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 31.01.2018
Einstellung im Internet: 09.02.2018
Auslieferung: 12.02.2018

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.
Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316
Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317
– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXX

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15